

Wieso neue Sendestationen für 5G, und kommt damit der Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung nicht unter die Räder?

Auch in unserem Kanton regt sich Widerstand gegen den Ausbau von Sendeanlagen, insbesondere für die neue Mobilfunktechnologie 5G. Angesichts der enormen Steigerung in der Datenübertragung, die 5G gegenüber den bisherigen Mobilfunktechnologien ermöglicht, verwundert diese Skepsis nicht.

Schon bisher verdoppelten sich die über Mobilfunk übertragenen Datenmengen jedes Jahr, vor allem wegen zunehmender Videoanwendungen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar: Der Bedarf von Wirtschaft, Tourismus, Verwaltungen, Schulen, Versorgungseinrichtungen und Privaten an die funkbasierte Erschliessungsqualität steigt mit den datenintensiven Anwendungen. Um die digitale Transformation voranzutreiben, braucht es aber auch eine Erschliessung mit Ultrahochbreitband. Darunter fällt die 5G-Technologie. Die Forderung breiter Kreise ist klar und eindeutig: Die Regionen unseres Kantons sollen über eine gleichwertige Erschliessung verfügen wie die grossen Schweizer Agglomerationen. Diese Entwicklung darf nicht verpasst werden.

Um mehr Daten übertragen zu können, gibt es zwei Wege: Entweder die Sendeleistungen an den bisherigen Anlagen erhöhen, oder das Netz der Sendeanlagen verdichten. Die Krux besteht darin, dass der Widerstand gegen neue Sendeanlagen dazu führt, dass die Mobilfunkanbieter die Leistung bei den bestehenden Anlagen erhöhen müssen, um die Versorgung mit der neuen Technologie gewährleisten zu können. Dies erhöht die Strahlenbelastung und führt unter Umständen dazu, dass die gesetzlich verankerten Anlagegrenzwerte nicht mehr eingehalten werden, was zur Forderung der Mobilfunkanbieter führt, diese auf politischem Wege zu erhöhen, was wiederum auf Widerstand stösst. Mir ist es deshalb wichtig, das Mobilfunknetz der Zukunft so zu planen und umzusetzen, dass wir nicht nur einseitig an die Versorgung mit Breitbanddienstleistungen denken, sondern auch dem Schutz vor nichtionisierender Strahlung eine grosse Bedeutung beigemessen.

Und da haben wir in unserem Land gute rechtliche Grundlagen: Wir sind zusammen mit Fürstentum Liechtenstein das einzige Land in Europa, welches für den Schutz der Bevölkerung nicht nur Immissionsgrenzwerte, sondern auch vorsorglich tiefere Anlagengrenzwerte festgelegt hat. Letztere sind bezüglich Feldstärke zehnmal tiefer als die Immissionsgrenzwerte, bei denen die Wissenschaft Wirkungen nachweisen

kann. Aufgrund der physikalischen Gesetzmässigkeiten entspricht dies einer Reduktion der Strahlungsleistung um einen Faktor 100. Sendeanlagen für das 5G-Netz sind trotz neuer Technologie und teils anderer Frequenzen sowohl rechtlich als auch im Hinblick auf gesundheitliche Wirkungen gleichgestellt wie bisherige Sendeanlagen resp. Technologien. Das heisst, sie müssen dieselben Anlagegrenzwerte einhalten wie die "alten" Technologien (2G, 3G und 4G), denn die Grenzwerte richten sich nicht nach der Technologie, sondern nach der Sendeleistung resp. der Feldstärke beim Empfänger.

Ein gutes Schutzkonzept allein reicht aber noch nicht aus. Man muss es auch umsetzen. Und das machen wir im Kanton Graubünden sehr gewissenhaft. Im Bewilligungsverfahren wird für jede Anlage mit umfangreichen Berechnungen geprüft, ob die Grenzwerte auch an den exponiertesten Punkten in der Nachbarschaft eingehalten werden. Nach Inbetriebnahme werden an den meisten Anlagen Abnahmemessungen durchgeführt, und mit Stichprobenmessungen werden die bestehenden Sendeanlagen überprüft.

Wenn die Vorsorge aber auf die Spitze getrieben wird, indem man versucht, die Strahlung der Sendeanlagen auch unterhalb der Anlagegrenzwerte weiter zu minimieren, so erreicht man das Gegenteil. Denn je schlechter die Abdeckung mit Sendeanlagen, umso stärker müssen die Endgeräte wie Mobiltelefone oder Computer strahlen. Die für das Senden und Empfangen aufgewendete Leistung ist jedoch für die Strahlenbelastung der Bevölkerung entscheidend. Aus diesem Grund sind zusätzliche Sendeanlagen sowohl für den Schutz als auch aus technischer Sicht besser, als den Datenverkehr der Zukunft auf den bestehenden Anlagen abwickeln zu wollen.

Ich bin davon überzeugt, dass mit offener und sachgerechter Kommunikation zwischen Anwohnerinnen und Anwohnern, Mobilfunkunternehmen und Bewilligungsbehörden Bedenken ausgeräumt und tragfähige, zukunftsorientierte Lösungen gefunden werden können. Ich möchte alle Beteiligten auffordern, in diesem Sinne die Aufgaben und Herausforderungen, welche die neuen Mobilfunktechnologien mit sich bringen, aktiv und mit gesundem Menschenverstand anzugehen.

Jon Domenic Parolini, Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements